

Abstimmungskampagne für Stipendien-Initiative gestartet

Der Kanton Luzern steht vor einem bildungspolitischen Richtungsentscheid. Dies sagt das Komitee «Bildung für alle – JA zur Stipendien-Initiative», über die im Kanton Luzern am 25. September abgestimmt wird. Heute Freitag (12. August 2005) startete das Komitee «Bildung für alle!» seine Abstimmungskampagne mit einer Medienorientierung.

Vier Vertreter der JUSO Luzern sowie der Bildungspolitiker und SP-Nationalrat Hans Widmer, Präsident des Luzerner Gewerkschaftsbundes (LGB), erläuterten die Hintergründe und Absichten, die vor zwei Jahren zur erfolgreichen Lancierung des Volksbegehrens «für ein gerechtes Stipendienwesen auch im Kanton Luzern» geführt hatten. JUSO-Vorstandsmitglied Marcel Budmiger sprach von «hellen Köpfen als dem einzigen Rohstoff unseres Landes»

und deren Bildung und Ausbildung als dem «Motor unserer Wirtschaft und auch der direkten Demokratie». Die tiefe Maturitätsquote und auch die tiefe Akademikerquote im Kanton Luzern würden belegen, «dass dem Kanton Luzern chancengleiche Bildung nichts wert ist». So habe der Kanton die Stipendienausgaben innerhalb weniger Jahre von 14,4 Mio. im Jahr 1994 auf 7 Mio. Franken im Jahr 2000 halbiert. Erst durch «massiven Druck, insbesondere durch eine Petition der JUSO», habe dieser Abbautrend gebrochen werden können. Eine Revision des Stipendiengesetzes im Jahre 2002 habe zwar punktuelle Verbesserungen gebracht. Falls sie jedoch «schlichtweg zu wenig Geld haben» und auch nicht ausreichende Stipendien vom Kanton erhalten, könnten noch immer viele bildungswillige Menschen die gewünschte Ausbildung nicht antreten.

Marius Ley (JUSO Luzern) stellte die «moderaten Forderungen der Initiative» vor, welche jedoch substantielle Verbesserungen für die betroffenen Ausbildungswilligen bringen würden. So soll erstens die Regierung die Lebenshaltungskosten für die Berechnung

der Stipendienhöhe gemäss den SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) festlegen. Dadurch würde auch Ausbildungswilligen das Existenzminimum zuerkannt und somit ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die SKOS Richtlinien würden zudem bereits im (soeben) revidierten Berner Stipendiengesetz als Berechnungsgrundlage dienen.

Die zweite Initiativforderung verlangt eine finanzielle Entlastung der Eltern Auszubildender. Kinder, die eine Ausbildung absolvieren möchten, stellen laut Ley für wenig begüterte Familien «ein erhebliches Armutsrisiko» dar. Mit einem Einkommensabzug von 45'000 Franken könnte dieser Missstand behoben werden.

Die dritte Forderung wolle verhindern, «dass eine Ausbildung zur Schuldenfalle wird». Für Erstausbildungen und zweite Ausbildungen auf Sekundarstufe II sollen deshalb grundsätzlich nur noch Stipendien und nicht mehr Darlehen ausbezahlt werden. Somit würde «die stossende Diskriminierung der Berufsbildung gegenüber der akademischen Ausbildung wegfallen». Dass Personen in

Erstausbildungen grundsätzlich Stipendien erhalten, forderten auch die Mehrheit der Kantone sowie die Eidgenössische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK).

David Roth (Vorstand JUSO Luzern) gab einen kurzen Überblick über die geplante Kampagne. Mit Postkarten, Flyern, Plakaten, Fahrradeinspannern, diversen Standaktionen und Podiumsgesprächen versuche das Komitee, «gegen die Übermacht der Regierung und bürgerlicher Exponenten im Kanton» anzukommen. Dabei könne es auf die tatkräftige Unterstützung von Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbänden und breiter Bevölkerungskreise zählen. Weitere Eckpfeiler der Kampagne sind der ständig aktualisierte Internetauftritt auf www.bildungfueralle.ch sowie ein Podiumsgespräch mit Jungparteien und einer anschliessenden Vote In-Party im «treibhaus» in Luzern.

SP-Nationalrat Hans Widmer sagte, «zu viel Bildung» könne es in einer Gesellschaft nie geben. Denn Bildung umfasse nie allein die Vorbereitung auf eine bestimmte Berufsrichtung, sondern sie vermittele stets auch die Fähigkeit, eigenes Handeln in

grössere Zusammenhänge zu stellen: «Erst recht auch, politische Zusammenhänge zu erkennen und eine aktive Bürgerin oder ein aktiver Bürger zu werden. Und selbstverständlich kann auch unsere Wirtschaft nur dann innovativ und damit konkurrenzfähig sein und bleiben, wenn sie auf genügend hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte zählen kann. Und von einer leistungsfähigen Wirtschaft, das wissen wir am besten, seit es auch in unserem Land diesbezüglich alles andere als optimal bestellt ist, profitieren letztlich alle Menschen».

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Marcel Budmiger (Vorstand JUSO Luzern)
078 757 99 78

David Roth (Vorstand JUSO Luzern)
078 712 94 13

Marius Ley (JUSO Luzern) 076
205 19 81